

NATIONALRAT
Wintersession 2023

Fragestunde vom 11. Dezember 2023

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für auswärtige Angelegenheiten

23.7794 Walder. An 11 israelischen und palästinensischen NGOs getanes Unrecht

Der Bundesrat gab öffentlich bekannt, dass er die finanzielle Unterstützung von elf palästinensischen und israelischen NGOs ausgesetzt hat, die im Verdacht standen, ihre Verpflichtungen verletzt zu haben. Schlussendlich erwies sich der Verdacht bei acht von ihnen als unbegründet.

- Was war der Grund für den Verdacht gegen diese elf NGOs?
- Warum wurde das Risiko eingegangen, den Ruf dieser NGOs zu schädigen, indem der Verdacht öffentlich kommuniziert wurde, bevor er sich bestätigt hatte?
- Wie beabsichtigt der Bundesrat das an den NGOs getane Unrecht wiedergutzumachen?

23.7795 Walder. Finanzielle Unterstützung von drei palästinensischen NGOs eingestellt

Der Bundesrat hat beschlossen, die finanzielle Unterstützung von drei palästinensischen NGOs mit sofortiger Wirkung einzustellen, mit der Begründung, dass sie den in ihrem Vertrag enthaltenen Verhaltenskodex nicht eingehalten hätten. Dies wird von den Betroffenen und zahlreichen Beobachterinnen und Beobachtern bestritten. Für die NGOs ist dieser Entscheid schwerwiegend, da er ihren Ruf ernsthaft schädigt.

Kann uns der Bundesrat die konkreten Gründe für diesen Entscheid nennen, damit wir sicher sein können, dass er nicht aus rein politischen Gründen getroffen wurde?

23.7809 Porchet. Schutz von sexuellen Rechten in Konflikten

Die sexuellen Rechte, vor allem von Frauen, werden in verschiedenen Konfliktgebieten, wo die Menschenrechte nicht eingehalten werden, grob missachtet, so auch in Palästina. Frauen sind sexueller Gewalt ausgesetzt und verfügen, zum Beispiel bei einer Geburt, weder über einen sicheren Ort noch über medizinische Versorgung.

Welchen Stellenwert räumt der Bundesrat den sexuellen Rechten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit, der humanitären Hilfe und des bi- und multilateralen Dialogs und bei Friedensgesprächen ein?

23.7822 Molina. Internationale Klimafinanzierung auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit?

Die Schweiz hat an der COP28 in Dubai einen Beitrag von 135 Mio. CHF für den Green Climate Fund angekündigt.

- Werden irgendwelche geplanten IZA-Projekte oder anderen Beiträge deswegen gekürzt oder gestrichen?
- Wenn ja, welche?

23.7838 Molina. Weitere Schwächung der Berichterstattung über den Globalen Süden

Seit 2015 unterstützt die DEZA den Verein Real21 finanziell für ihre Recherchen und Reportagen über globale Entwicklungen vor Ort. Dadurch wird die Auslandberichterstattungen in Schweizer Medien gefördert. Trotz des bestehenden Mangels an Berichterstattung über den Globalen Süden, sollen diese Mittel nun gestrichen werden.

- Wie steht die DEZA zur Unterstützung von Medienprojekte zum Globalen Süden?
- Wie garantiert der Bund die Berichterstattung über globale Entwicklungen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**23.7793 Töngi. Anforderungen Wahl Verwaltungsrat SRG**

Der Bundesrat hat Hans-Ueli Vogt als neuen Verwaltungsrat der SRG gewählt.

- Gibt es ein Anforderungsprofil, welches der Bundesrat bei der Wahl berücksichtigt?
- Welche spezifischen Kenntnisse von Hans-Ueli Vogt haben den Bundesrat überzeugt, um ihn zum Verwaltungsrat der SRG zu wählen?

23.7796 Munz. Warum erteilt der Bundesrat der Kandidatur zur Durchführung der UNO-Biodiversitätskonferenz COP 16 eine Absage?

Die Türkei verzichtet auf die Durchführung der UNO-Biodiversitätskonferenz COP 16 wegen dem Erdbeben. Die Schweiz will sich nicht für die Konferenz bewerben aus logistischen, finanziellen und personellen Gründen, trotz einem gemeinsamen Schreiben mehrerer Hochschulen sowie Wirtschafts- und Naturschutzorganisationen, welche die Durchführung in der Schweiz fordern.

Wie wird dieser Entscheid begründet angesichts der Schwere der Biodiversitätskrise sowie des aussenpolitischen Schwerpunktthemas?

23.7811 Meier Andreas. Der Kraftwerkbau benötigt einen langjährigeren Planungshorizont. Welche weiterreichenden Vorhersagen sind möglich?

Die ElCom hat gemäss Art. 22 StromVG Studien zur Versorgungssicherheit in den Jahren 2025 und 2035 veröffentlicht. Der Planungshorizont beim Bau von Kraftwerken und Netzen beträgt hingegen 20 Jahre oder mehr. Zudem hat das Parlament im Mantelerlass Ausbauziele für die Jahre 2040 und 2050 beschlossen.

Müssten die Untersuchungen zur Versorgungssicherheit nicht längere Zeiträume abdecken, um die Erreichung der Ziele wirkungsvoll zu verfolgen und die notwendigen Massnahmen beschliessen zu können?

23.7813 Fivaz Fabien. Gemeinden mit Wolfspräsenz: Der Bundesrat mischt die Karten neu

Am 24. November hat das UVEK angekündigt, dass im Kanton Bern die Karte der Gebiete mit Wolfspräsenz überprüft wurde und mehrere Gemeinden «deklassiert» wurden. Zuvor wurden ungeschützte Nutztiere, die in diesen Gebieten vom Wolf getötet wurden, dem Kontingent angerechnet, was einen zuvor verbotenen Abschuss ermöglichte.

- Was ist der Grund für diese Änderung?
- Sind andere Änderungen geplant?
- Ist die Einteilung in Gebiete mit Wolfspräsenz noch sinnvoll?

23.7830 Müller-Altermatt. Netzstabilisierungsmassnahmen ohne Entgelt?

In den Werkvorschriften der EVUs sind oftmals einseitig erlassene Vorschriften enthalten, gemäss denen die Werke die Betreiber von Photovoltaik-Anlagen zu netzstabilisierenden Massnahmen (z.B. Lastabwurf, Einbau von NA-Schutz etc.) zwingen können, ohne diese Massnahmen abzugelten.

Auf welcher rechtlichen Grundlage basieren diese Vorschriften und wie schätzt der Bundesrat den Einfluss dieser Vorschriften auf die Umsetzung der Energiestrategie ein?

23.7833 Knutti. ASTRA Bridge funktioniert leider nicht und wird zum Stauverursacher

Laut Angaben des ASTRA soll die ASTRA Bridge im nächsten Frühling erneut auf der A1 Richtung Bern - Zürich zum Einsatz kommen. Die ASTRA Bridge hat leider beim letzten Einsatz sehr grosse Stauprobleme ausgelöst, was nicht noch einmal passieren darf:

1. Kann die ASTRA Bridge nicht auf einem anderen Autobahnabschnitt eingesetzt werden, auf welchem das Verkehrsaufkommen geringer ist als auf der A1 Bern - Zürich?
2. Wie hoch sind die bisher verursachten Kosten für die ASTRA Bridge?

23.7834 Knutti. Grossraubtiere verursachen sehr hohe Kosten

1. Was kosten die Untersuchungen von toten Wölfen durch das FIWI und die DNA Analysen an der ETH Lausanne jährlich pro Wolf und was ist deren Nutzen?
2. Wieviel kostet das jährliche Wolfsmonitoring der KORA inklusive Aufwendungen der Kantone für die KORA und was ist der Nutzen?
3. Welche finanziellen Auswirkungen wird die Wolfsregulierung auf die Kosten des KORA Monitorings und die allgemeinen Wolf Untersuchungskosten am FIWI und an der ETH Lausanne haben?

23.7845 Suter. Kommt es zur Verpolitisierung der eidgenössischen Kommission für Lärmbekämpfung (EKLK)?

Gemäss Einsetzungsverfügung hat die EKLK die Aufgabe, eine unabhängige, wissenschaftliche Sicht der Lärmbekämpfung zu gewährleisten. Sie berät UVEK und BAFU in wissenschaftlichen u methodischen Fragen der Lärmbekämpfung u im Bereich der Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit.

Der Bundesrat wählte alt NR Walter Wobmann und strassenschweiz-Geschäftsführer Olivier Fantino neu in die Kommission. Inwieweit sind die beiden für die wissenschaftliche Expertise im Bereich Lärmbekämpfung qualifiziert?

23.7847 Suter. Warum umfasst die eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung (EKLK) ab 1.1.2024 17 Mitglieder?

Gemäss Einsetzungsverfügung umfasst die eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung maximal 15 Mitglieder. Am 22.11.23 hat der Bundesrat aber 17 Mitglieder in die Kommission gewählt.

Ich bitte den Bundesrat um eine Begründung dieser Erhöhung.

23.7852 Page. Regulierung der Kormoranbestände. Wo stehen wir heute?

Vor fünf Jahren war ich über die Schwächen der Gesetzgebung zur Regulierung des Kormoranbestands besorgt. Er erachte den gesetzlichen Rahmen zur Regulation der Kormorane "als zweckmässig und ausreichend", antwortete mir der Bundesrat damals.... Eine Botschaft, die die Kormorane anscheinend nicht verstanden haben: Sie leeren weiterhin unsere Seen und Flüsse und fügen den Netzen unserer Fischer grosse Schäden zu.

Kann der Bundesrat Auskunft darüber geben, was seither unternommen wurde, und wann und wie er das Gesetz zu verschärfen gedenkt, um diesen Raubvögeln die Flügel zu stutzen?

23.7857 Clivaz Christophe. Welche konkreten Begründungen für den Abschuss von Wolfsrudeln?

In Artikel 4b der geänderten Jagdverordnung, die am 1. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, steht, dass die Kantone dem BAFU «eine Begründung, inwiefern die Regulierung erforderlich ist», angeben müssen.

- Was bedeutet «eine Begründung»?
- Welche Informationen müssen die Kantone dem BAFU konkret liefern?

23.7858 Clivaz Christophe. Abschuss von Wolfsrudeln trotz immer weniger Schäden an Nutztieren?

Die Änderung der Jagdverordnung, die den Abschuss von Wolfsrudeln zulässt, wird damit begründet, dass mehr Wölfe zu mehr Schäden an Nutztieren führen werden.

- Wie entwickelten sich die Schäden zwischen 2022 und 2023?
- Wie entwickelte sich die Anzahl der Wölfe zwischen 2022 und 2023?
- Wenn im Jahr 2023 die Schäden an Nutztieren trotz mehr Wölfen zurückgegangen sind, wie wird von nun an der Abschuss von Wolfsrudeln gerechtfertigt?

23.7859 Clivaz Christophe. Wissenschaftliche Begleitung der Abschüsse von Wolfsrudeln?

- Sieht der Bundesrat vor, dass die Regulierung des Wolfbestandes, die in der geänderten und am 1. Dezember 2023 in Kraft getretenen Jagdverordnung vorgesehen ist, wissenschaftlich begleitet wird?

- Falls ja: Welcher Hochschule oder Organisation wurde der Auftrag dazu gegeben?
- Falls nein: Warum gab es keine wissenschaftliche Begleitung, da vonseiten der Wissenschaft viele Zweifel an der Zweckmässigkeit der Abschüsse, Schäden an Herden zu verringern, geäussert wurden?

Finanzdepartement**23.7800 Rechsteiner Thomas. Geld verpulvern zum Jahresende**

Es ist fast schon üblich in der Bundesverwaltung, dass gegen Jahresende jeweils auf die Schnelle noch Geld für irgendwelche Gutachten ausgegeben wird, damit alle Mittel ausgeschöpft sind.

1. Trifft es zu, dass für das Folgejahr das Budget gekürzt wird, wenn nicht alle Mittel aufgebraucht worden sind?
2. Falls ja, ist der Bundesrat bereit, die Praxis zu ändern: Belohnung statt Bestrafung der Verwaltungseinheiten, die nicht alles ausgegeben haben?

23.7804 Dettling. OECD-Mindestbesteuerung

Die Regeln der OECD zur Mindestbesteuerung werden laufend angepasst. Ständig werden neue Ausführungsvorschriften auf Ebene OECD publiziert, die ihrerseits wiederum innert weniger Monate veraltet sind. Dadurch wird das Projekt «OECDMindestbesteuerung» und dessen Erfolg zunehmend als Ganzes in Frage gestellt. Welche Strategie verfolgt die Schweiz, um angesichts dieser Unsicherheiten wie auch des Taktierens anderer gewichtiger Volkswirtschaften wie der USA und China wirtschaftlich nicht ins Hintertreffen zu geraten?

23.7805 Matter Thomas. OECD-Mindestbesteuerung

Noch im Frühjahr 2023 galt, dass früh implementierende Staaten im Vorteil sind. Dies hat sich ins pure Gegenteil gekehrt: Die im Juli von der OECD im Rahmen des Inclusive Framework on BEPS beschlossene Regeländerung impliziert, dass bzgl. der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung zuwartende Staaten neu im Vorteil sind.

- Wäre es nicht folgerichtig, dass auch die Schweiz bei ihrer Entscheidung über den Zeitpunkt der Einführung der OECD-Mindestbesteuerung diese fundamentalen Neuerungen in den OECD-Regeln berücksichtigt?
- Wäre eine Verschiebung des Zeitpunktes der Erstanwendung der OECD-Regeln, ähnlich wie dies auch andere Staaten bereits entschieden haben, nicht besser für die Schweiz zur Sicherung ihrer eigenen Standortattraktivität?
- Welche Szenarioanalysen liegen dem Bundesrat hinsichtlich der Auswirkungen der Wahl des Zeitpunktes der Ersteinführung der OECD-Regeln vor - dies insbesondere ausgewertet hinsichtlich der Entwicklung des Steuersubstrats auf kurz-, mittlere und langfristige Sicht?

23.7806 Matter Thomas. OECD-Mindestbesteuerung

Einen Monat nach der Schweizer Volksabstimmung hat die OECD wichtige Änderungen in ihrem Regelwerk bzgl. der OECD-Mindestbesteuerung beschlossen, welche die Schweiz und ihre Unternehmen stark diskriminieren, sollte sie wie geplant ihre Steuergesetzgebung gemäss Vorgaben der OECD auf den frühestmöglichen Termin von anfangs Jahr 2024 anpassen. So impliziert die jüngst vorgenommene Regeländerung beispielsweise, dass ein US-Konzern mit einem Steuersatz von 11 Prozent keine Mindeststeuer zahlen muss und auch kein anderer Staat die Differenz zu den 15%-Mindeststeuer erfassen kann, wohingegen die Schweiz und unsere Unternehmen von dieser neuen Regel nicht profitieren können.

- Warum hat die Schweiz dieser Änderung im Rahmen des OECD-Ausschusses zugestimmt?

Die jüngste Regeländerung der OECD gilt vorerst nur vorübergehend bis zum Jahr 2026, sollte jedoch offenbar nach dem Wunsch vieler Staaten schon bald permanent eingeführt werden.

- Was tut das EFD, dass die Schweiz dadurch nicht dauerhaft gegenüber anderen Staaten diskriminiert wird?
- Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass die internationale Ausgangslage und die konkrete Ausgestaltung der OECD-Mindestbesteuerungsregeln aktuell noch zu unbestimmt sind, als dass die Schweiz darauf aufbauend beschliessen kann, die OECD-Mindestbesteuerung zum frühestmöglichen Termin einzuführen?

23.7807 Aeschi Thomas. OECD-Mindeststeuer

Die Entwicklungen rund um die OECD-Mindeststeuer sind höchst unsicher. Seit der USKongress eine mögliche Anpassung der US-Steuer Gesetzgebung an die OECD-Mindeststeuer verworfen hat, bekämpfen die USA das Projekt mit aller Kraft. Die USA setzen alles darauf, dauerhaft zu verhindern, dass andere Staaten US-Konzerne mit Steuersätzen unter 15 Prozent besteuern können. Das Land ist hierbei äusserst erfolgreich, wie die Regelanpassung der OECD vom 17. Juli 2023 exemplarisch zeigt. In Folge haben viele Staaten wie Argentinien, Brasilien, China und Mexiko - um nur einige zu nennen - ebenfalls entschieden, mit der Implementierung der OECD-Regeln ihrerseits zuzuwarten, um die eigene Standortattraktivität nicht aufs Spiel zu setzen:

- Was macht der Bundesrat zum Schutz unserer wichtigsten Firmen und Steuerzahler?
- Zeichnet sich hier nicht eine Wiederholung der Geschehnisse rund um die Abschaffung des Bankgeheimnisses ab, als die USA die Schweiz zwang ihr Bankgeheimnis abzuschaffen und nun selbst zum grössten Hafen für unbesteuerter Vermögen geworden ist?

23.7808 Martullo. Steuern

Der Wegfall des Standortvorteils Steuern wird die Schweiz empfindlich treffen. Von jedem Franken an Gewinnsteuern, die ein Kanton einnimmt, gehen durchschnittlich 50 Prozent direkt an den Bund (bei einigen Kantonen wie Zug und Basel-Stadt liegt dieser Prozentsatz indessen deutlich höher).

- Ist es nicht im Interesse des Bundes sicherzustellen, dass die Kantone auch künftig ein hohes Steuersubstrat generieren können?
- Plant der Bund vor diesem Hintergrund die Kantone bei der Definition neuer Massnahmen zur Sicherung der Standortattraktivität zu unterstützen?

23.7844 Roduit. Macht die Schweizer Nationalbank wirklich keinen Gewinn?

Seit zwei Jahren kann man sich fragen, ob die Schweizer Nationalbank wirklich keinen Gewinn macht.

- Handelt es sich um einen buchhalterischen Trick, damit den Kantonen kein Geld zurückgezahlt werden muss?
- Bildet die Nationalbank darüber hinaus Reserven, was langfristig schwerwiegende Folgen für die kantonalen Budgets hätte?
- Blickt der Bundesrat bei diesen Fragen durch?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**23.7803 Heimgartner. Zu welchem Betrag verkauft die Schweiz die Leopard-Panzer an Deutschland?**

Der Bundesrat hat grünes Licht für den Verkauf von 25 Leopard-Panzer an Deutschland gegeben. Deutschland hat die Schweiz um diese Panzer ersucht, weil sie ihrerseits Panzer an die Ukraine geliefert hat.

Zu welchem Betrag verkauft die Schweiz diese Panzer an Deutschland?

23.7842 Seiler Graf. Staatssekretariat mit Anlaufschwierigkeiten

Das neu geschaffene Staatssekretariat für Sicherheit, das im Januar 2024 seine Arbeit aufnehmen sollte, hat nach zwei Kandidaten-Rückzügen immer noch keine/n Staatssekretär/in:

- Was unternimmt das VBS, damit diese Stelle bis im Januar besetzt werden kann?
- Falls dies nicht gelingen sollte, wie wird das Staatssekretariat seine Arbeit aufnehmen?

23.7846 Fivaz Fabien. FIS-Kalender an den Klimawandel anpassen

Mitte Oktober baggerte das Organisationskomitee der Ski-Weltcuprennen in Zermatt/Cervinia illegal auf dem Theodulgletscher herum, in der Hoffnung, trotz des Schneemangels die ersten Wettkämpfe austragen zu können. Am Ende wurden alle Rennen abgesagt, mit einem enormen Imageschaden für die Schweiz.

- Wie schätzt der Bundesrat den FIS-Kalender und seine Entwicklung in Bezug auf den Klimawandel ein?
- Wie kann ein solcher Imageschaden in Zukunft vermieden werden?

23.7856 Addor. KFOR: Ist am Ende die Schweiz die Dumme?

Der Bundesrat hat beschlossen, den Bestand der Swisscoy um 20 Angehörige der Armee zu erhöhen.

- Der Grund dafür?

Eine starke Reduktion des österreichischen Kontingents.

- Wie kommt es, dass die Schweiz die Kosten für den österreichischen Rückzug tragen muss?
- Hat sich die Schweiz die Erhöhung ihres Kontingents von der NATO aufzwingen lassen? Und wenn ja, ist dies mit Blick auf das jeweilige Engagement der verschiedenen Länder gerechtfertigt, die der KFOR Kontingente zur Verfügung stellen?

Justiz- und Polizeidepartement**23.7792 Zuberbühler. Weichen Israel-Hasser jetzt in die Schweiz aus?**

In Deutschland wurde das pro-palästinensische Netzwerk "Samidoun" verboten. Die extremistische und antisemitische Terror-Helfer-Gruppe könnte sich nun in der Schweiz breit machen.

1. Wie bewertet der Bundesrat die Berichte über die mögliche Ausbreitung des jüdenfeindlichen Netzwerks Samidoun in der Schweiz?
2. Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um die Verbreitung von antisemitischen Aktivitäten und Organisationen in der Schweiz zu überwachen und zu bekämpfen?

23.7816 Rüeegger. Bundesasylzentrum Glaubenberg (5): Strafverfolgungskosten

1. Wer übernimmt bei kriminellen Asylanten, die im Glaubenberg untergebracht sind, die Strafverfolgungskosten und Aufwendungen der kantonalen Behörden (insbesondere Staatsanwaltschaft)?
2. Wie hoch sind diese Kosten?

23.7817 Rüeegger. Bundesasylzentrum Glaubenberg (4): Personentransport in den Glaubenberg

Für den Transport der Asylsuchenden zwischen dem Bahnhof Sarnen und dem Glaubenberg wurde ein eigener Busbetrieb eingerichtet. Trotzdem lassen sich Asylsuchende mit dem Taxi in den Glaubenberg fahren - kostenlos, das heisst auf Kosten der Steuerzahler.

1. Kann das SEM dies aufgrund von Abrechnungen von Taxifahrten bestätigen?
2. Wenn ja, wie viele Taxifahrten sind das monatlich/jährlich?
3. Wer bezahlt diese Taxifahrten?
4. Müssen Asylsuchende im öffentlichen Verkehr keine Tickets lösen und nichts bezahlen?

23.7818 Rüeegger. Bundesasylzentrum Glaubenberg (3): Strafverfolgung

Bei Deliktfällen im Asylzentrum Glaubenberg:

1. Wer ist für die Strafverfolgung und den Vollzug zuständig?
2. Wie viel Stellenprozente an den Gerichten sind involviert und beschäftigt mit der Strafverfolgung?
3. Wer bezahlt diese Aufwendungen?
4. Wie sieht die Aufteilung auf Vermögens-, Gewalt-, Sachbeschädigungs-, Sexual-, Betäubungsmittel- und übrige Delikte aus?
5. Wie viele Fälle beschäftigen die Jugendstaatsanwaltschaft?
6. Wie hoch oder tief ist die Aufklärungsquote der Straftaten?

23.7819 Rüeegger. Bundesasylzentrum Glaubenberg (2): Wer verantwortet die Sicherheit der Bevölkerung?

Schon ohne Kapazitätserhöhung gehören Polizeieinsätze im Asylzentrum Glaubenberg zum Alltag, Diebstähle in Fachgeschäften und in privaten Liegenschaften sind angestiegen, Belästigungen gegenüber der Bevölkerung, allem voran gegenüber Frauen, nehmen zu.

1. Wie gewährleistet das SEM die Sicherheit der Bevölkerung?
2. Welche Kosten und wieviel Stellenprozente an Sicherheitspersonal (Polizei und Aufsicht) verursacht das Asylzentrum Glaubenberg monatlich/jährlich?
3. Wer übernimmt diese Kosten?

23.7820 Rüeegger. Bundesasylzentrum Glaubenberg (1): Kapazität beinahe verdoppelt!

Medienberichten zufolge hat das SEM die Unterbringungskapazität für Geflüchtete im Bundesasylzentrum Glaubenberg von bisher 340 auf 640 aufgestockt.

1. Inwiefern wurden der Kanton und die Gemeinde in den Entscheidungsprozess miteinbezogen?
2. Wieviel Mitspracherecht hatte der Kanton?
3. Warum wurde die Obwaldner Bevölkerung nicht proaktiv darüber informiert?
4. Warum herrscht über Geschehnisse wie körperliche Gewalt, Schlägereien etc. im Glaubenberg ein «Kartell des Schweigens» und wer hat das zu verantworten?

23.7823 Lohr. Kinder ohne Straftaten in Schweizer Gefängnissen: was denkt der Bundesrat?

1. Wie stellt sich der Bundesrat zum SRF-Bericht, dass auf der Strasse aufgegriffene Kinder aus diversen Kantonen bei Platzmangel in Heimen ins Gefängnis gesperrt werden?
2. Was hält er davon, dass darunter besonders viele Mädchen sind, weil für sie weniger geeignete Plätze verfügbar sind?
3. Würde in den Fällen, wo eine Behinderung vorliegt, das IFEG greifen? Mit welchen Konsequenzen?
4. Wie stellt sich der Bundesrat zur Kritik der Antifolterkonvention?

23.7849 Bertschy. Platzierung im Gefängnis als Kindesschutzmassnahme? 1/3

Der Platzmangel in Jugendpsychiatrien und Heimen ist eklatant, zahlreiche Betreuungs- und therapiebedürftige Jugendliche werden von der KESB als ordentliche Kindesschutzmassnahme - teils bis zu 7 Monate - ins Gefängnis platziert, so Recherchen von SRF. Sie besuchen dort weder Schule noch Therapie.

- Hat der Bundesrat Kenntnis von diesen Fällen?
- Ist er der Ansicht, dass diese Jugendlichen gemäss Bundesrecht Art. 310 ZGB «in angemessener Weise» untergebracht sind?

23.7850 Bertschy. Platzierung im Gefängnis als Kindesschutzmassnahme? 2/3

Der Platzmangel in Jugendpsychiatrie u. Heimen ist eklatant, zahlreiche Betreuungs- u. therapiebedürftige Jugendliche werden von der KESB als ordentliche Kindesschutzmassnahme ins Gefängnis platziert.

- Entspricht eine Unterbringung in einem Gefängnis der UNO-Kinderrechtskonvention (Art. 3 u. Art. 18)?
- Was unternimmt der Bundesrat, damit die Kantone Bundesrecht einhalten u. ein angemessenes Angebot für stationäre Kindsschutzmassnahmen zur Verfügung steht?

23.7851 Bertschy. Platzierung im Gefängnis als Kindesschutzmassnahme? 3/3

Beistände, Anwälte, Behörden sind alarmiert: Offensichtlich sind die Einrichtungen so überlastet, dass auch für Kinder ohne erhöhte Erziehungsanforderungen keine Plätze gefunden werden können.

- Was unternimmt der Bundesrat, um die Unterversorgung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe innert nützlicher Frist zu bekämpfen?
- Was tut er, damit es mehr Institutionen für Mädchen mit erhöhten Erziehungsanforderungen (welche überdurchschnittlich von Gefängnisunterbringungen betroffen sind) gibt?

23.7835 Fehr Düsel. Sollen sich Flüchtlinge schriftlich verpflichten unsere Rechtsordnung zu respektieren?

Wenn Asylanten in die Schweiz kommen, besteht vor allem von Flüchtlingen aus islamischen Ländern die Gefahr, dass sie sich nicht integrieren lassen und in ihrer fundamentalistischen Weltordnung weiterleben.

1. Ist der Bundesrat bereit, nur Flüchtlinge aufzunehmen, die sich schriftlich verpflichten, die Werte unserer Gesellschaft und unsere Rechtsordnung zu respektieren?
2. Teilt der Bundesrat meine Auffassung, dass sie andernfalls die Schweiz wieder verlassen müssen?

23.7854 Addor. Das SEM als Akteur einer staatlichen Kampagne gegen die SVP?

Nur gerade zwei Tage nach den eidgenössischen Wahlen hat das SEM die Asylgesuchszahlen bekannt gegeben. Und das aus gutem Grund: Sie enthüllten eine Explosion der Gesuchszahlen im September!

Selbst einige Journalisten und Journalistinnen bezweifelten, dass die Zahlen «zufällig» an diesem Datum veröffentlicht wurden.

Hat das SEM die Veröffentlichung also wissentlich verschoben, um zu versuchen, die Auswirkungen der Migrationsfrage auf die Wähler und Wählerinnen zu begrenzen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**23.7837 Haab. Anrechenbarkeit von 6 Kg N pro ha schleppschlauchpflichtiger Fläche in der Suisse Bilanz**

Gemäss der Wegleitung 1.18 zur Suisse Bilanz ist vorgesehen, dass pro ha schleppschlauchpflichtiger Fläche 6 kg N angerechnet werden.

1. Wie gedenkt das BLW diese Regelung administrativ umzusetzen, insbesondere auf Betrieben, die nicht die gesamte Fläche begüllen oder einen Teil ihrer Flächen nur einmal begüllen?
2. Warum wird die Einsparung von N-Verlusten durch die Anwendung des Schleppschlauchs nicht durch eine entsprechende Erhöhung des N-Ausnutzungsgrades der Gülle in der Suisse Bilanz aufgefangen?

23.7839 Molina. Valcambi: Woher kommt das importierte Gold?

Die Raffinerie Valcambi hat im Dezember 2022 und im Januar 2023 im Unterschied zu anderen Raffinerien Gold aus den Vereinigten Arabischen Emiraten importiert.

- Welche Kontrollen werden vom Zentralamt für Edelmetallkontrolle und vom SECO in Erwägung gezogen, um sicherzustellen, dass das importierte Gold keine Verletzung der Sanktionen gegen Russland darstellt?
- Ist das Amt in der Lage, den tatsächlichen Ursprung des Goldes gemäss OECD-Leitfaden rückzuverfolgen?
- Kennt es den tatsächlichen Ursprung?

23.7848 Roduit. Wenn Tankstellen und Tankstellenshops dem Gewerbe und dem Detailhandel auf ungehörige Weise Konkurrenz machen

Während die Betriebe des Lebensmittelgewerbes wie die Bäckereien, Konditoreien, Confiseries und Chocolaterien in ihren Öffnungszeiten stark eingeschränkt sind, ist das bei Tankstellen und Tankstellenshops, die meistens von Grossverteilern oder Ölkonzernen abhängen, nicht der Fall.

Ist sich der Bundesrat dieser Ungleichbehandlung bewusst und wie beabsichtigt er auf verschiedenen Stufen einzugreifen?

Departement des Innern**23.7791 Zuberbühler. Inwiefern trägt die Zuwanderung zum Anstieg der Krankenkassenprämien bei?**

Angesichts der Besorgnis in der Bevölkerung bezüglich der gestiegenen Krankenkassenprämien bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwieweit trägt die Zuwanderung zur allgemeinen Erhöhung der Prämien bei?
2. Inwieweit trägt die Zuwanderung im Asylbereich zur allgemeinen Erhöhung der Prämien bei?
3. Inwieweit trug die Bereitstellung von gratis Covid-Impfungen zur allgemeinen Erhöhung der Prämien bei?

23.7797 Walder. Nationale Strategie und zugehöriger Aktionsplan gegen Antisemitismus

Seit Oktober werden vermehrt antisemitische Vorfälle verzeichnet, was zeigt, dass dieses Übel in der Schweiz leider nach wie vor sehr präsent ist. Die Kantone haben mit mehr oder weniger Schärfe reagiert, doch es müsste noch sehr viel mehr unternommen werden, um dieses nicht hinnehmbare Verhalten wirksam zu bekämpfen.

Wird der Bundesrat angesichts der jüngsten Ereignisse nun den Vorstoss 22.3307 von Kollegin Sibel Arslan für eine nationale Strategie und einen Aktionsplan gegen Antisemitismus unterstützen?

23.7798 Grüter. Vollständige Transparenz bei Verträgen mit Impfstoffherstellern

Ist der Bundesrat bereit die im Rahmen der COVID-Pandemie unterzeichneten Verträge mit Impfstoffherstellern sofort und ungeschwärzt offenzulegen, da für eine Geheimhaltung keine triftigen Gründe bestehen?

23.7799 Rechsteiner Thomas. Sex auf Kosten der Krankenkasse, wie weit treiben wir es noch?

Der Bundesrat hat kürzlich beschlossen, dass ab dem 1. Juli 2024 die Krankenkasse als Alternative zum Kondom neu ein Medikament für Freier und Homosexuelle bezahlen muss, das vor HIV schützt.

1. Wie kommt der Bundesrat dazu, in Zeiten stark steigender Krankenkassenprämien die Kosten für Sex ohne Kondom der Allgemeinheit aufzubürden?
2. Wird dadurch die erwiesenermassen wirkungsvolle Prävention mittels Kondom nicht erheblich geschwächt?

23.7801 Wyssmann. Tabellenlöhne und abgeschlossene Ausbildungen

- Wie hoch ist der Anteil der Personen bei den Tabellenlöhnen 2020 des Bundesamts für Statistik (TA1), die im tiefsten Kompetenzniveau (KN1) über eine abgeschlossene Ausbildung verfügen?
- Welche Branche hat den tiefsten und welche den höchsten Anteil an Ausbildungen auf KN1 - mit jeweils welcher Ausbildungsquote?

23.7802 Wyssmann. PMEDA-Bericht: Sind darunter auch abgeschlossene Fälle?

Der Bericht der Eidgenössischen Kommission für Qualitätssicherung in der medizinischen Begutachtung EKQMB kommt zum Schluss, dass PMEDA-Gutachten systematische Qualitätsmängel aufweisen.

Wie viele der untersuchten Fälle sind rechtskräftig abgeschlossen und in wie vielen dieser Fälle wurde der Sachverhalt von einem Gericht beurteilt?

23.7810 Weber. Waren die Apothekerinnen und Apotheker nur der Notnagel des Gesundheitswesens während der Covid-19-Krise?

Am 29. November entschied der Bundesrat, Covid-Impfungen in Apotheken nicht mehr zu vergüten. In einer Apotheke ist es jedoch am einfachsten und billigsten, sich impfen zu lassen, im Gegensatz zu den Spitälern, die überlastet sind und zu wenig Personal haben, oder zu den Arztpraxen, bei denen es schwierig ist, einen Termin zu bekommen.

Was ist der Grund für diese Massnahme, die für die Patientinnen und Patienten mühsam und für das Gesundheitswesen teuer ist?

23.7812 Wyssmann. Liquidation von PMEDA: Was passiert mit hängigen Gutachten?

Gemäss Medienmitteilung des BSV vom 4. Oktober 2023 zu den von der Fachkommission EKQMB festgestellten massiven Qualitätsmängeln bei der PMEDA liefen zu diesem Zeitpunkt noch 16 bi- und 55 polydisziplinäre Gutachten, die vor dem 1. Juli 2023 vergeben wurden. Gemäss Handelsregister befindet sich die PMEDA aktuell in Liquidation (vgl. auch Blick vom 3. Dezember 2023).

Was passiert nun mit den hängigen Gutachten?

23.7814 Prelicz-Huber. Bidisziplinäre IV-Gutachten: Kann dem Zufall nachgeholfen werden?

Bidisziplinäre Gutachten werden nach dem Zufallsprinzip vergeben.

Dazu stellen sich folgende Fragen an den Bundesrat:

Kann die Wahrscheinlichkeit, ausgewählt zu werden, dadurch erhöht werden, dass

- Entweder sich 2 Personen gleichzeitig als Tandem und als Gutachtenfirma anbieten und damit die Wahrscheinlichkeit verdoppeln?
- Oder dadurch, dass sich eine Person einer Disziplin mit verschiedenen Personen derselben anderen Disziplin anbietet und dadurch diese Wahrscheinlichkeit vervielfacht?

23.7815 Munz. Die EU verbietet fünf hormonschädliche Pestizide. Wann werden diese Pestizide auch in der Schweiz verboten?

In der EU werden auf Grundlage des Pestizidrechts und des Ausschlussverfahrens für Pestizide mit hormonschädlichen Eigenschaften fünf endokrinschädliche Pestizidwirkstoffe (Asulam-Natrium, Benthiavalicarb, Clofentezin, Metiram and Triflursulfuron-methyl) vom Markt genommen.

- Werden diese Stoffe auch in der Schweiz eingesetzt?
- Wenn ja, in welchen Mengen?
- Übernimmt der Bund dieses Verbot?
- Wenn ja, ab wann und mit welcher Übergangsfrist?
- Wenn nein, warum nicht?

23.7821 Gysi Barbara. Finanzielle Mittel für das neue nationale Programm "Stopp HIV, Hepatitis B-, Hepatitis C-Virus und sexuell übertragene Infektionen (NAPS)"

Das neue Nationale Programm «NAPS» will HIV, virale Hepatitiden und STIs ab 2024 erstmals gemeinsam bekämpfen.

- Wie viel Geld wurde im Rahmen des NAPS für Projekte und Massnahmen des BAG und von Dritten zur Prävention von HIV, STIs und viralen Hepatitiden für das Jahr 2024 gesprochen, wie sind von den Querschnittskürzungen des Bundesrats betroffen und wird der Budgetrahmen ausgeschöpft?
- Wie verteilt sich dieses Geld auf die drei Bereiche HIV, virale Hepatitiden und STIs in absoluten Zahlen?

23.7824 Lohr. PMEDA: Ändert sich die Arbeitsqualität derselben Person je nach Arbeitsvertrag?

Wegen schweren Qualitätsmängel darf PMEDA für die IV keine bi- und polydisziplinären Gutachten mehr machen. Die PMEDA-Ärztenschaft ist in bidisziplinären und monodisziplinären Gutachten aber unter eigenem Namen weiterhin aktiv. Geht der Bundesrat davon aus, dass deren Gutachten nur dann gravierende Qualitätsmängel aufweisen, wenn sie diese im Auftrag von PMEDA durchführen?

23.7825 Lohr. UVG: Warum fehlt die Perspektive der Versicherten in der Vernehmlassung?

Nachdem das Parlament den Bundesrat gegen dessen Willen gezwungen hat, die überwiesene Motion Darbellay 11.3811 doch noch umzusetzen, liegt nun eine Vernehmlassungsvorlage vor. Eingeladen sind neben dem Obligatorium nach VIG Art. 4 ganze 5 Vertretungen der Versicherungswirtschaft aber keine der Versicherten. Wie sollen die Ziele gemäss VIG Art. 2 erreicht werden können, wenn die Einladung derart einseitig erfolgt?

23.7826 Lohr. Menschen mit Behinderungen: Übernimmt die Schweiz die europäischen Ausweise?

Die EU-Kommission plant einen gemeinsamen Behindertenausweis und einen Parkausweis. Ziel ist es, das Leben von Menschen mit Behinderungen im grenzüberschreitenden Verkehr zu erleichtern. Plant der Bundesrat hier mitzuziehen oder wird die Schweiz für Menschen mit Behinderungen eine Insel bleiben und ein Besuch in den Nachbarstaaten dadurch erschwert?

[23.7827](#)**Lohr. Umgang mit fehlenden Krankentaggeldversicherungen (KTV)**

Gemäss Kassensturz vom 14.11.23 haben diverse Firmen keine Chancen, eine KTV abzuschliessen oder sind nach einem Krankheitsfall mit Prämien erhöhungen in einem prohibitiven Umfang konfrontiert.

1. Was hält der Bundesrat vom Verhalten dieser KTV?
2. Wie sollen sich v.a. KMU verhalten, die über allgemeinverbindliche GAV zum Abschluss einer KTV verpflichtet sind und sich längere Krankheitsfälle ohne KTV gar nicht leisten können?

[23.7828](#)**Wyss. Sind PMEDA-Mitarbeitende auch bidisziplinär federführend?**

1. Seit wann sind Mitarbeitende der sich in Liquidation befindenden PMEDA (die für polydisziplinäre Gutachten gesperrt wurde) zusätzlich zur bidisziplinären Zulassung des Unternehmens in sachverständigen 2er-Teams vom BSV für bidisziplinäre Gutachten zugelassen?
2. Ist es korrekt, dass gemäss Liste BSV Stand 3.11.23 von 111 bidisziplinären Zweierteams in der Deutschschweiz 33 Teams PMEDA-Mitarbeitende enthielten?

[23.7829](#)**Wyss. Monodisziplinäre Gutachten von PMEDA-Mitarbeitenden**

- Wie viele Listen von kantonalen IV-Stellen für monodisziplinäre Gutachten enthalten noch Mitarbeitende von PMEDA?
- Ist dies aus Sicht des Bundesrats nach der Empfehlung der EKQMB und nach der bundesrätlichen Medienmitteilung vom 4.10.23 noch haltbar?
- Falls ja: Würde der Bundesrat auch einer allfälligen expliziten Empfehlung der EKQMB, diese Ärztinnen und Ärzte nicht mehr zu listen, Folge leisten?

[23.7831](#)**Weichelt. Tabellenlöhne: Rechnet der Bundesrat korrekt?**

Bei der Umsetzung der Motion 22.3377 stützt sich der Bundesrat auf eine Bass-Studie. Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass dort im Résumé vom 7.11.2022 von einem Abzug von 17% plus zusätzlich (und nicht abzüglich) individuellen Faktoren wie Teilzeit die Rede ist («Neben einem Fixabzug bei den Tabellenmedianlöhnen von 17% sollten daher zum Ausgleich dieser strukturellen Faktoren noch individuelle Abzüge möglich sein. - (..) z.B. Alter, Teilzeit, Branchenerfahrung, Ausbildungsniveau»)?

[23.7832](#)**Prelicz-Huber. Gutachtende von PMEDA: Wie viele sind betroffen, wie viele nicht?**

Der Bericht der eidgenössischen Kommission für Qualitätssicherung in der medizinischen Begutachtung sieht bei PMEDA schwere Mängel in sämtlichen untersuchten neuropsychologischen und psychiatrischen Gutachten.
Es stellt sich in diesem Zusammenhang folgende Frage an den Bundesrat:
Umfasst diese Stichprobe Gutachten von allen neuropsychologischen und psychiatrischen Gutachtenden von PMEDA oder gibt es einzelne PMEDA-Gutachtende dieser Fachdisziplinen, deren Arbeit nicht Teil der Stichprobe war?

[23.7836](#)**Fehr Düsel. Warum tut sich die EKR mit Islamkritik schwer?**

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) nimmt vor allem den Rassismus von rechter Seite ins Visier, schweigt aber zum Rassismus von links und vor allem von islamistischer Seite.

1. Warum tut sich die EKR mit Islamkritik dermassen schwer und hat sich zum verbreiteten Antisemitismus von islamistischer Seite bisher nicht geäussert?
2. Ist der Bundesrat bereit, die einseitige Zusammensetzung der EKR zu ändern und auch eine angemessene liberal-bürgerliche Vertretung sicherzustellen?

[23.7840](#)**Fehlmann Rielle. Organspende: Eine rasche Inkraftsetzung gewährleisten!**

Es wurde angekündigt, dass die E-ID ab 2026 verfügbar sei.

- Kann der Bundesrat bestätigen, dass das neue Register ab Mitte 2025 zur Verfügung stehen wird und die Widerspruchslösung 2026 in Kraft treten wird?
- In seiner Stellungnahme zu meiner Interpellation 23.3530 sicherte der Bundesrat im Falle einer Verzögerung der Inkraftsetzung der E-ID eine alternative Identifikation zu. Eine Übergangslösung scheint notwendig, da die E-ID nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen wird. Ist eine Alternative garantiert?

[23.7841](#)**Prelicz-Huber. Gutachtende der Firma PMEDA**

Der Bericht der eidg. Kommission für Qualitätssicherung in der medizinischen Begutachtung sieht bei PMEDA schwere Mängel in allen untersuchten neuropsychologischen und psychiatrischen Gutachten. Die Firma erhält deshalb keine Zuweisungen mehr durch die IV.

Dazu stellt sich folgende Frage an den Bundesrat:

Anscheinend arbeiten ehemalige Gutachtende der Firma PMEDA weiterhin für Sozial- und Krankenversicherungen.

Stimmt das und wenn ja, warum ist die Qualität ihrer Gutachten plötzlich genügend?

[23.7843](#)**Roduit. Mangel an Plätzen für Menschen mit schweren Behinderungen**

Gemäss dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen müssen die Kantone genügend geeignete Plätze insbesondere für Menschen mit schweren Behinderungen schaffen. Doch das ist nicht in der ganzen Schweiz erfüllt.

1. Ist sich der Bund dieser Situation bewusst?
2. Welche rechtlichen Möglichkeiten haben die direkt betroffenen Personen und ihre Angehörigen?
3. Falls nicht genügend geeignete Plätze vorhanden sind: Können die Kosten für die ambulante Betreuung in Rechnung gestellt werden?

[23.7853](#)**Addor. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus: eine Kommission zur Zensur politischer Kampagnen?**

Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) hat sich mit einer bemerkenswerten Anprangerung der SVP-Kampagne hervorgetan. Mit dieser groben Einmischung in einen demokratischen Prozess versuchte dieser erlauchte Kreis ohne jegliche demokratische Legitimation, eine Regierungspartei daran zu hindern, objektive und dokumentierte Informationen über die importierte Kriminalität zu liefern, die manche mit der Unterstützung solcher Gremien mehr schlecht als recht zu kaschieren versuchen. Entsprach dies dem Mandat der EKR?

[23.7855](#)

Addor. Stellungspflichtige sind weniger fit: Liegt es an Covid-19... oder an der Impfung?

Die geringere physische Leistungsfähigkeit der Stellungspflichtigen bei der Rekrutierung wurde unter anderem mit möglichen Auswirkungen von Covid-19 erklärt.

- Wurde denn auch eine Ursache bei der Impfung ins Auge gefasst und vertieft geprüft?
- Werden dazu offizielle Studien durchgeführt oder sind solche geplant?